



# Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,30 Goldmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3 gespaltene Petitzeile 0,50 Goldmark, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Goldmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

## Bekanntmachung.

Neuregelung der Beiträge. - Wiedereinführung der Arbeitslosenunterstützung. Kostenloser Bezug der „Solidarität“.

Der Vorstand, der Verbandsbeirat und die Gauleiter haben in der vom 18. bis 20. September d. J. in Dresden stattgefundenen gemeinsamen Konferenz beschlossen, verschiedene Verbandsrichtungen, die infolge des Zusammenbruchs der Papierwährung eingeschränkt resp. eingestellt werden mußten, wieder aufleben zu lassen. Insbesondere ist es die Not der arbeitslosen Kollegenschaft, der durch die Wiedereinführung der Arbeitslosenunterstützung seitens des Verbandes gesteuert werden soll. Ferner soll dem Bedürfnis aller Mitglieder Rechnung getragen werden, das Verbandsorgan, die „Solidarität“, ohne dafür einen besonderen Abonnementsbetrag zu leisten, vom Verbandsorgan zu beziehen.

Um diese Aufgaben erfüllen zu können, mußte zunächst untersucht werden, ob diese Mehrausgaben mit den jetzigen Beiträgen bestritten werden können. Dieses wurde nach eingehenden Beratungen verneint und eine mäßige Beitragserhöhung beschlossen, die für weibliche Mitglieder 10 Pf., für männliche Mitglieder 20 Pf. pro Woche betragen soll. Die Konferenz gab der Erwartung Ausdruck, daß alle Verbandsmitglieder diese geringe Belastung gern auf sich nehmen, um es der Organisation zu ermöglichen, die für den Hauptaufgabekreis erforderlichen Mittel auch weiterhin ungekürzt bereithalten zu können.

Nach diesen Beschlüssen ergeben sich nachfolgende Beitrags- und Unterstützungssätze:

Klasse	Beiträge:				Klassen-geb.	Arbeitslosenunterstützung:								auf die Dauer von Tagen
	für Orte mit einem Ortszusch. bis 15 Proz.		von 17 1/2 Proz. und darüber			Beitragsleistung von nicht als	Klasse I 20 Pf.	Klasse II 30 Pf.	Klasse III 40 Pf.	Klasse IV 50 Pf.	Klasse V 60 Pf.	Klasse VI 70 Pf.	Klasse VII 80 Pf.	
	Verb.-Pf.	Orts-Beitrag Pf.	Verb.-Pf.	Orts-Beitrag Pf.		Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.		
1. Männliche Hilfsarbeiter über 21 Jahre . . .	70	10	80	10	50	52 Wochen . . . .	1,20	1,50	1,80	2,10	2,40	2,70	3,—	30
2. „ „ von 17 bis 21 Jahren	60	10	70	10		156 „ . . . .	—	2,10	2,40	2,70	3,—	3,30	3,60	36
3. Anlegerinnen über 17 Jahre . . . . .	50	5	60	10	30	260 „ . . . .	—	2,70	3,—	3,30	3,60	3,90	4,20	42
4. Sonstige Hilfsarbeiterinnen über 17 Jahre .	40	5	50	5		520 „ . . . .	—	3,30	3,60	4,20	4,80	5,40	6,—	54
5. Jugendliche, männliche und weibliche Mitglieder unter 17 Jahren . . . . .	20	5	30	5	10									

Die neuen Beitragsätze werden erstmalig für die 40. Beitragswoche, in die der 1. Oktober 1924 fällt, erhoben.

Vorstehende Unterstützungsätze treten ab 13. Oktober 1924 in Kraft. Für den Unterstützungsbezug ist die Leistung von 13 Wochenbeiträgen in derjenigen Beitragsklasse erforderlich, für welche Unterstützung beansprucht wird.

Nur voll arbeitslose Mitglieder können Arbeitslosenunterstützung beziehen. An verkürzt arbeitende oder aushilfsweise beschäftigte Mitglieder, auch wenn diese nur einige Stunden an einem Tage oder einige Tage wöchentlich beschäftigt sind, wird Unterstützung nicht gezahlt.

Streikende erhalten die doppelte Arbeitslosenunterstützung auf die Dauer von höchstens 10 Wochen; außerdem erhalten sie für jedes Kind unter 14 Jahren einen Zuschlag zur wöchentlichen Streikunterstützung, der in allen Beitragsklassen 1,— Mt. pro Kind und Woche beträgt.

Gemahregelte erhalten die Sätze der Streikunterstützung auf die Dauer von 13 Wochen.

Berlin, 23. September 1924.

Der Vorstandsvorsitzende.

J. A.: E. Pucher, 1. Vorstandsvorsitzender.

### Gemeinsame Konferenz des Verbandsvorstandes, Verbandsbeirats und der Gauleiter.

Vom 18. bis 20. September 1924 waren in Dresden Verbandsvorstand, Verbandsbeirat und die Gauleiter versammelt, um in ernster Beratung wichtige Beschlüsse für die Organisation zu fassen. Wie üblich waren die Bruderorganisationen, mit denen wir im graphischen Gewerbe zusammengeschlossen sind, auf dieser Konferenz vertreten, nur dem Buchbinderverband war es nicht möglich gewesen, eine Vertretung zu entsenden. Die Zahlstelle Dresden, die in diesen Tagen das Fest ihres 25jährigen Bestehens feierte, hatte den Delegierten eine freundliche Aufnahme bereitet. Noch lange Zeit werden allen Teilnehmern die angenehmen Dresdener Tage im Gedächtnis bleiben, sie werden sich dankbar des ihnen von Kollegen und Kolleginnen der Jubiläumzahlstelle dargebrachten lebenswürdigen Entgegenkommens erinnern. Trug doch das kollegiale, herzliche Beisammensein nicht wenig dazu bei, die manchmal recht hart aufeinanderprallenden gegensätzlichen Anschauungen zu mildern und schließlich zu einer Verständigung zu kommen.

Der Vorstandsvorsitzende, Kollege Pucher, sprach bei der Eröffnung der Konferenz in seiner Begrüßungs-

rede allen aus dem Herzen, als er darauf hinwies, daß nun endlich von den versammelten maßgebenden Körperschaften des Verbandes der Schlüsselstein zum Wiederaufbau der Organisation gelegt werden muß. Obwohl schon länger die Notwendigkeit einer Zusammenkunft zur Regelung aller der schwebenden Fragen bestand, konnte die Konferenz doch nicht eher einberufen werden, weil die Verhältnisse sich nicht genügend geklärt hatten. Jetzt sehen wir klarer in der Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenhänge und haben die Möglichkeit, auf längere Zeit unsere Dispositionen zu treffen. Der Verband steht fest gefügt und ist kräftiger als zuvor. Der alte Geist zur gemeinsamen fruchtbaren Arbeit bürgt für ein gutes Gelingen der in Aussicht genommenen Maßnahmen.

Die Konferenz befaßte sich zuerst mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung, wozu allerdings vom Verbandsvorstand eine mäßige Erhöhung der Beiträge geplant war. Durch sie würde dann auch die unentgeltliche Zustellung der „Solidarität“ an die Mitglieder wieder möglich werden. Der erste Vorstandsvorsitzende sagte den Teilnehmern nichts Neues, als er von den katastrophalen Schwierigkeiten in der Verwaltung während der Inflationszeit sprach. Die Folgen sind Einschränkungen verschiedener Art gewesen, wozu nachträglich der Abbau der Unterstützungsrichtungen kam. Vorübergehend mußte auch die Drucklegung der

Zeitung eingestellt werden, wodurch sich jedoch ein unhaltbarer Zustand herausbildete, so daß schon nach wenigen Wochen die „Solidarität“ wieder und zwar diesmal im Abonnement für die Mitglieder erschien. Die Schwächung fast aller Arbeiterorganisationen zu Beginn dieses Jahres traf auch unseren Verband. Auf der Konferenz im Februar mußte daher die Einstellung der Unterstützungen mit Ausnahme der Streik- und Gemahregeltenunterstützung beschlossen werden. Diese Maßnahme wurde von den Mitgliedern mit Verständnis aufgenommen, zwei große Zahlstellen hatten schon vorher, ohne erst diesen Beschluß abgewartet zu haben, die Auszahlung der Unterstützung eingestellt. Die Einführung von Goldbeiträgen stieß ebenfalls auf keine nennenswerten Schwierigkeiten und durch die Einpflicht der Mitglieder, die die Notwendigkeit aller dieser Maßnahmen einsehen und anerkennen, wurden die Mittel zum Wiederaufbau der Organisation heringebracht, so daß wir jetzt die letzte Hand ans Werk legen können.

Kollege Pucher betonte ausdrücklich, wir müssen zu einer von uns aufgegebenen Unterstützungsrichtung zurückkehren und zwar zur Arbeitslosenunterstützung, die uns positiven Nutzen bringt, das unerläßlich letzte Mittel zum Wiederaufbau darstellt und den Kollegen und Kolleginnen die Agitation bedeutend erleichtert. Natürlich bedarf die Wiedereinführung dieser Unterstützungsart eingehendster Prüfung ihrer

finanziellen Auswirkung, da auf keinen Fall der bestehende Kampffond angegriffen werden darf, sich im Gegenteil erhöhen muß. Unterstützungen dürfen den Verband finanziell nicht schwächen. Daher ist vorerst auch von der Einführung anderer Unterstützungen, wie der Krankenunterstützung Abstand genommen worden. Bei dem derzeitigen Arbeitslosenstand sind große Mittel zur Auszahlung einer Unterstützung für Arbeitslose notwendig, die mit den bisherigen Beiträgen nicht heringehört werden können. Gleichzeitig damit ist dann die Einführung des Zeitungsobligatoriums möglich; die Zeitung ist als Bindemittel zwischen Vorstand und Mitgliedschaft von großer Bedeutung für die Agitation und für die Aufklärung der Mitglieder.

Der Verbandsstärker, Kollege Lohdahl, gab nach den einführenden Worten des Vorsitzenden eine Uebersicht über die Entwicklung der Finanzen seit Anfang des Jahres. Von Vierteljahr zu Vierteljahr erhöhten sich die Ueberflüsse, so daß wir jetzt zu einem recht stattlichen Vermögen gekommen sind, das uns größere Kämpfe zur Erhaltung und Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse unserer Mitglieder wohl ermöglichen, wenn die Entwicklung weiter im günstigen Sinne fortschreitet. Dem Verbandsstärker lagen Anträge über die Neuregelung der Arbeitslosenunterstützung von zwei Zahlstellen vor, die er aber nicht für durchführbar hielt, weil die vorgeschlagenen Sätze ihm einmal als zu gering erschienen, er dann aber auch die Deduktion für diese Ausgaben vermehrte. Er befragte eingehend die Vorlage des Verbandsvorstandes und bat um objektive Prüfung der Vorschläge und Anträge.

In der Aussprache über die Vorlage des Verbandsvorstandes kamen hauptsächlich die Kassierer der größeren und größten Zahlstellen zu Wort, die manches daran auszufehen hatten. Sie brachten andere Berechnungen in Vorschlag, bei denen die Verbandskasse ebenfalls ihren Aufgaben gerecht werden sollte. Bis in die Abendstunden hinein versuchte man, eine gute Lösung zu finden. Die Vorschläge, die an dieser Stelle eingehend zu würdigen nicht möglich ist, waren mancherlei Art. Natürlich wurde auch den Vorschlägen des Verbandsvorstandes das Wort geredet und allgemein war man der Ansicht, daß hauptsächlich für die älteren Mitglieder besondere Rücksichtnahme am Platze ist. Da nach beendeter Aussprache eine Mehrheit nicht vorhanden war, einigte man sich auf Einsetzung einer Kommission, die am zweiten Verhandlungstage Bericht über ihre Arbeiten erstattet und einen Vorschlag zur Annahme empfahl, der in der Kommission einstimmige Billigung gefunden hatte. Dieser Vorschlag, der an dem Vorschlag des Verbandsvorstandes wenig änderte, wurde nach erneuter sachlicher Aussprache gegen drei Stimmen angenommen.

Der Beschluß ist aus vorstehender Bekanntmachung des Verbandsvorstandes zu ersehen. Damit war wohl der wichtigste Gegenstand der Tagesordnung erledigt. Der Verband zahlt seinen Mitgliedern wieder Arbeitslosenunterstützung und beliefert sie vom nächstzulässigen Termin, der von den postalischen Bestimmungen abhängig ist, unentgeltlich mit der Verbandszeitung.

Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung, der sich mit der tariflichen Lage und Entwicklung im Buchdruck-, Steindruck- und Schriftgießergewerbe beschäftigte, referierte in eingehenden, ausführlichen Darlegungen der zweite Verbandsvorsitzende Kollege Hornke. Die Mitglieder sind über die Entwicklung auf tariflichem Gebiete jederzeit durch die „Solidarität“ auf dem Laufenden gehalten worden, so daß sich hier ein erneutes Eingehen auf die bereits bekannten

Tatsachen erübrigt. Die durch den Kollegen Hornke vorgetragene Stellung des Verbandsvorstandes, die tariflichen Maßnahmen der Verbandsleitung können wir natürlich nicht hier in voller Deutlichkeit erläutern. Die Leitungen der örtlichen Organisationen sind und werden immer durch Rundschreiben unterrichtet und die Mitglieder erfahren in den Versammlungen, was zur Kenntnis der Dinge notwendig und nützlich ist.

In der Aussprache erfuhr das Referat des Kollegen Hornke von den Konferenzteilnehmern gerechte Würdigung. Das zur Erörterung gestellte Thema gab interessante Einblicke in die Verhältnisse gerade des Steindruckgewerbes. Ein besonderes Kapitel behandelte das Verhältnis zwischen Gehilfen und Hilfsarbeitern, das sich seit der letzten Konferenz im Februar wenig geändert hat und sich mancherorts ruhig bessern könnte. Es wäre zu wünschen, daß gerade im Steindruckgewerbe die Mitglieder der in Betracht kommenden Verbände so gut zusammenarbeiten würden wie die Verbandsleitungen. Kollege Hornke konnte in seinem Schlußwort zusammenfassend darauf hinweisen, daß im allgemeinen die reichsstarifliche Regelung örtlichen oder regionalen Abschlüssen vorgezogen wird. Die Arbeiten des Verbandsvorstandes werden sich nach dieser Richtung hin weiter bewegen. Mit den Vertretern des Buchdrucker- und Steindruckerverbandes zeigte sich wohl Uebereinstimmung in allen tariflichen Fragen.

Ueber die notwendigen agitatorischen Maßnahmen äußerte sich anschließend Kollege Bucher. Alles, was zur Festigung und Vertiefung des gewerkschaftlichen Wissens nicht unterlassen werden darf, fand von ihm eingehende Würdigung. Material für die Agitation wird von der Verbandsleitung auf Anfordern herausgegeben werden, da Mittel dafür und auch Personen wieder vorhanden sind. Auf den in den nächsten Wochen tagenden Gaukonferenzen werden Vertreter der Verbandsleitung anwesend sein, die im Anschluß an diese Tagungen mehrere Zahlstellen in dem Gaubezirk besuchen werden.

Die Aussprache zeigte Uebereinstimmung mit den Ausführungen des Verbandsvorsitzenden. Die Aufgaben über den Mitgliederstand ließen erkennen, daß sich der Verband im günstigen Sinne entwickelt. Die Unterstützung durch die Gehilfen bei Werbung von Mitgliedern in kleineren Orten und Betrieben ist oft notwendig, doch nicht immer ausreichend vorhanden. Im Graphischen Bund wird über einheitliche agitatorische Maßnahmen noch zu sprechen sein. Die Gauleiter der graphischen Verbände arbeiten in ihren Bezirken meist gut zusammen.

Ueber die Abhaltung des Verbandstages, der nächstes Jahr in Hamburg stattfinden soll, wurde sich dann nach einleitenden Worten des Kollegen Bucher die Konferenz schlüssig. Als Termin wurde die Woche vom 28. Juni bis 4. Juli 1925 festgesetzt. Beschlossen wurde die Ausarbeitung eines Wahreglements in der Weise, daß auch den kleinen Orten bei genügender Mitgliederstärke die Entsendung eines Delegierten möglich ist.

Zuletzt erledigte die Konferenz noch Beschwerden über verschiedene Ausschüsse aus dem Verbands. Die Ausschüsse wurden sämtlich anerkannt. Den Ausschüssen steht das Beschwerderecht an den Verbandstag zu. Eine Aussprache der anwesenden Kassierer über Abrechnungen und Kassenangelegenheiten beendete die Konferenz. Mit einem Schlußwort des Kollegen Brate, das in ein Hoch auf den Verband und die

Arbeiterbewegung ausklang, wurde die Konferenz am dritten Verhandlungstage nachmittags geschlossen.

Am Abend waren die Teilnehmer der Konferenz Gäste an der Jubiläumfeier der Dresdener Zahlstelle. Die künstlerischen Darbietungen gaben dieser Feier das rechte Gepräge. Die Mitgliedschaft Dresdens hat mit dieser Festanordnung bewiesen, daß Arbeiter in würdiger Art die großen Tage in der Geschichte ihrer Organisation begehen. Die Feier der Mitglieder in Dresden, zu der auch aus Leipzig, Bauen usw. Gäste gekommen waren, war frei von dem üblichen Klisché und Klümmeln, mit dem gemeinhin Speiszer festliche Stunden „verschönern“. Dank und Anerkennung sollten die Anwesenden den Sängern und Künstlern und übertragen sie auch auf den Kassierer der Zahlstelle Dresden, Kollegen L u b r i c h, der sich neben dem Kollegen Franz Hermann um das Zustandekommen des schönen Festes verdient gemacht hat. Von den Vertretern der Zahlstellen Berlin und Leipzig wurden der Dresdener Zahlstellenleitung sinnige und wertvolle Geschenke überreicht.

## Die soziale Auslese.

Wenn eine vernünftige, geordnete und gerechte Menschengemeinschaft entstehen soll, so kommt es nicht nur darauf an, tüchtige Menschen heranzubilden, die imstande sind, tüchtige Leistungen zu vollbringen, sondern es kommt auch darauf an, diese tüchtigen Leute aus der Masse herauszufinden und an die Stelle zu stellen, an der sie ihre Tüchtigkeit zum Wohle der Gesamtheit beweisen können. Die richtigen Leute an die richtige Stelle zu stellen, also die soziale Auslese der Tüchtigsten, ist eine der wichtigsten modernen Forderungen. Soll unser Land und Volk wieder gesund werden, so kann das nicht anders geschehen, als durch eine wirkliche Demokratisierung unseres gesamten öffentlichen Lebens. Demokratie heißt: Das Mitbestimmungsrecht aller in allen Angelegenheiten. In der Praxis aber läuft sie darauf hinaus, daß durch allgemeine Wahlen erprobte, tüchtige Leute, die das Vertrauen der Wähler genießen, ausgesucht werden, damit sie die Geschäfte ihrer Wähler besorgen. Anders läßt sich die Sache nicht machen, denn eine taubstüpfige oder gar millionstüpfige Masse kann ihre Angelegenheiten nicht selbst ordnen, es muß ein Apparat vorhanden sein, der dies befragt.

Die Wahrheit dieser Behauptung ergibt sich aus der Beobachtung des täglichen Lebens und aus den Erfahrungen der Menschheitsgeschichte. Ueberall, wo eine Anzahl von Menschen etwas unternehmen will, wählt sie sich Leute, die die Sache in die Hand nehmen und sie ausführen. So war es früher und so ist es auch heute noch. Das Gerede von einer Massenbewegung ohne Führer ist eine Illusion, die jedesmal, wenn sie praktisch verwirklicht werden soll, wie eine Seifenblase zerplatzt.

In den Zeiten der Alleinherrschaft eines einzelnen oder einer kleinen Gruppe wurde ein Verfahren angewandt, das der gefunden Vernunft und der Gerechtigkeit gleichermäßen ins Gesicht schlug. In einer Monarchie folgte der Sohn auf seinen Vater, ob er die nötigen Kenntnisse und Fähigkeiten besaß, um sein Volk regieren zu können, war nebensächlich, das Erbrecht gab den Ausschlag. Daraus erklärt sich die geschichtliche Tatsache, daß alle Erbmonarchien schließlich elend zugrunde gegangen sind. Mochte der Gründer der Monarchie auch ein tüchtiger Mann gewesen sein, seine Nachkommen entarteten und scheiterten an

## Erste Hilfe bei gewerblichen Unfällen.

Von Dr. med. Georg Wolff.

### III.

Bei Blutungen aus inneren Organen (Lungenbluten, Wundsturz, Magenbluten und dergleichen) ferner bei anhaltenden Blutungen aus Nase und Ohr nach schweren Schädelverletzungen ist vor allen Dingen Ruhigstellung und möglichst baldige ärztliche Hilfe erforderlich. Nasenbluten tritt zuweilen ohne erkennbare äußere Ursache ein, ist gewöhnlich bald zu besetzen und dann meist harmloser Natur.

Nicht selten kommt es im gewerblichen Leben zu Knochenbrüchen. Man unterscheidet einfache Knochenbrüche, wenn der Knochen allein gebrochen ist ohne gleichzeitige Verletzung der Haut, und offene, wenn der Knochenbruch gleichzeitig durch eine Hautwunde kompliziert ist. Die letzteren sind sehr viel gefährlicher, da durch die Hautverletzung stets die Gefahr der Wundinfektion droht. Knochenbrüche, ebenso die nicht so häufigen Gelenkverrenkungen können nur vom erfahrenen Arzt sachgemäß behandelt werden. Unmittelbare Lebensgefahr besteht, von Schädelbrüchen abgesehen, meist nicht. Die Tätigkeit des Notarztes wird sich daher darauf beschränken, den Kranken durch einen Notverband transportfähig zu machen und möglichst umgehend zum Arzt zu schicken. Grundätzlich soll der Notverband mittels Schienen aus Holz oder Pappe oder anderem Stützmaterial so angelegt sein, daß sich die Bruchstücke auf dem Transport nicht verschieben, nicht die Haut durchbohren, damit nicht der einfache Knochenbruch durch eine neue Hautwunde zu einem offenen kompliziert wird.

Ein Wort im Anschluß hieran über die sogenannten Interossibrüche. Sie entstehen dadurch, daß Baucheingeweide, meist Darmteile, durch eine krankhafte Nachgiebigkeit der Bauchmuskulatur an bestimmten Stellen heraustreten. Gewöhnlich sind diese Brüche ungeschädlich und werden durch ein guttendes Bruchband zurückgehalten; sie können aber lebensgefährlich werden, wenn sich

der Bruchinhalt nach ungewöhnlichen Anstrengungen, Nahrungsannahmen oder dergleichen nicht mehr zurückziehen läßt, wenn er eingeklemmt ist. Dieser Zustand muß vom Notarzte sofort erkannt werden; er kündigt sich durch heftige Schmerzen im Bruch und durch Leibesstille und Erbrechen an. Der eingeklemmte Bruch muß sofort operiert werden. Namentlich bei Arbeitern, die schwere Lasten zu tragen haben, sind Eingeweidebrüche, besonders Leistenbrüche, nicht selten. Der Gefahr der Einklemmung wird am besten dadurch vorgebeugt, daß die an sich ungeschädliche Brudoperation vorgenommen wird, bevor es zur Einklemmung gekommen ist.

Obi kommt der Notarzte in die Lage, wie aus den vorangegangenen Ausführungen ersichtlich ist, den ersten schmerzhaften Verband auf eine frische Wunde zu legen. Darum muß er auch über die Grundregeln der Wundheilung und Antiseptik unterrichtet sein. Es ist heute allgemein bekannt, daß die Wundinfektionskrankheiten, an denen früher so viele Menschen starben, durch Bakterien hervorgerufen werden, insbesondere durch die überall verbreiteten Eitererreger. Erster Grundfah der Notarzte muß daher sein, niemals eine Wunde mit den Fingern oder gar mit unreinen Verbandstoffen zu berühren. Auch der Arzt, der eine Operation ausführen will, muß seine Hände vorher sorgfältig sterilisieren, das heißt keimfrei machen. Es genügt nicht, die Hände einfach mit Wasser und Seife zu waschen, sondern sie müssen nach besonderen Vorschriften sorgfältig mit Desinfektionsmitteln (Alkohol, Sublimat) behandelt werden. Ebenso müssen alle Verbandstoffe, alle Instrumente keimfrei gemacht werden, am besten durch Siebbüchse (strömenden Dampf, todes Wasser); nur dann läßt sich eine Wundinfektion, eine „Blutvergiftung“ mit Sicherheit vermeiden. Danach hat der Notarzte zu handeln. Für einen Notverband muß er steriles Verbandmaterial zur Verfügung haben. Ist er gezwungen, eine gründlich verunreinigte Wunde zu säubern, so soll er sie nur mit abgekochtem Wasser abspülen. Nur wenn große Eile geboten ist, darf er einmal Wasserleitungs-wasser benutzen, das in der Regel nicht frei keimreich ist. Die eigentliche Wundbehandlung soll er stets dem Arzt überlassen, sich aber ebenso wie dieser klar sein, daß der oberste

Grundfah der Behandlung stets sein muß: Nur nicht schaden und keine fremden Schädlichkeiten in die Wunde bringen!

In das Gebiet der Wundbehandlung gehören auch die durch Verbrennung entstandenen Wunden. Es gibt kaum einen Gewerbebetrieb, kaum einen Hausat, in dem derartige Verletzungen nicht vorkommen. Die Grade der Verbrennung sind sehr verschiedene. Bei den leichten entsteht nur eine schmerzhafteste Rötung der Haut, bei den mittelschweren hebt sich die Haut in großen Blasen ab, die mit einer wässrigen Flüssigkeit aus dem entzündeten Gewebe gefüllt sind, bei der schwersten kann es bis zur völligen Verkohlung ganzer Körperteile kommen. Entsteht die Brandwunde direkt durch Feuer oder durch glühende Gegenstände, so spricht man im eigentlichen Sinne von einer Verbrennung, sind heftige Flüssigkeiten oder Dämpfe die Ursache, so spricht man richtiger von einer Verbrüfung, sind ätzende chemische Substanzen (Säuren oder Laugen) die Ursache der Brandwunde, so liegt eine Verätzung vor. In ihren Folgen sind sie alle drei ziemlich gleich und bedürfen einer sorgfältigen Behandlung nach den Grundfahen chirurgischer Antiseptik. Die oft sehr schmerzhaften Brandwunden können mit einer Brandblase betreffen, die Blasen, wenn der Arzt noch nicht zur Stelle ist, mit einer sterilen (ausgeglühten) Nadel angepöckelt werden; niemals aber darf die Haut abgerieben werden. Sehr gut ist es, wenn der Notarzte die Verbalebeische antiseptische Brandbinde zur Verfügung hat, um damit den ersten Verband zu machen. Ebenfalls gut ist für den ersten Verband, auch bei anderen als durch Verbrennung entstandenen Verletzungen, ein steriles Verbandpäckchen, wie es sich zum Beispiel im Kriege hervorragend bewährt hat.

### Verbitterung.

Wer sich verbittern läßt, hat nie wirklich festen Willen gehabt zu seinem Ziel. Verbitterung kann nur die Erkenntnis, daß man sich über sich selbst geklärt und daß man nicht die Kraft hatte zu dem, das man wollte! Verbitterung ist immer nur und überall ein Zustand, daß man wohl den Wunsch, aber nie jenen granitnen Willen in der Seele hatte, der nicht erlahmt, bis er Sieger ist! Verbitterung ist nur Zielaufgeben! Gärler Kreidichen



ihrer Unfähigkeit. Dagegen sehen wir, daß dort, wo Wahlmonarchien bestanden und die Möglichkeit gegeben war, neue Kräfte heranzuziehen, jumeist tüchtige Leute ans Ruder kamen und das Staatsschiff durch die Klippen hindurchführten. Daß die katholische Kirche und das Papsttum noch heute besteht, erklärt sich nicht etwa daraus, daß der Herrgott seine Hand darüber gehalten hätte, sondern es erklärt sich vielmehr aus der demokratischen Ergänzung der kirchlichen Hierarchie. Jeder tüchtige Priester kann emporsteigen an eine höhere Stelle, er kann Bischof, Erzbischof, Kardinal und Papst werden, wobei seine Herkunft keine Rolle spielt. In der Tat finden wir zahlreiche kirchliche Würdenträger, die aus den einfachsten Verhältnissen stammen. Wie uns die Kirchengeschichte lehrt, sind die tüchtigsten Päpste aus den Unterjochten emporgestiegen. Hier zeigt sich deutlich die Ueberlegenheit der sozialen Auslese über die auf Vorrecht der Geburt beruhende Erbfolge. Das Uebel wird noch dadurch verschlimmert, daß die Fürsten von Gottesgnaden auch noch den Fehler begehen, ihre Standesgenossen an die wichtigsten Stellen zu stellen, so daß eine kleine unfähige Sippe das Volk beherrscht. Die jüngste deutsche Geschichte hat uns gelehrt, welche unheilvolle Wirkungen ein solches System ausübt.

Nach einem Ausspruch Napoleons, der selbst einer schlichten Bürgerfamilie entstammte, trug jeder seiner Soldaten den Marschallstab im Tornier. Seine Generale waren fast ausnahmslos als einfache Soldaten ins Heer eingetreten und hatten sich durch Tüchtigkeit emporgearbeitet. Sie haben die preussischen Feldherren, die auf ihren Vorbeeren eingeschlafen waren, besiegt und ihre Heere in die Flucht geschlagen. Dieselbe Erscheinung, daß die Söhne der Bevorrechtigten entarten und unfähig werden, während die neuen Leute aus dem Volke Tüchtiges leisten, hat sich im Laufe der Geschichte immer wieder gezeigt und auch in der Gegenwart bewahrt sich der Satz, daß die Tüchtigkeit nicht an die Geburt und den Stand der Eltern gebunden ist. Es ist vielmehr eine bekannte Tatsache, daß aus der Tiefe eines Volkes ununterbrochen neue Talente emporsteigen, daß aber in den Oberjochten Entartung und Verbildung eintritt.

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß ein Staats- und Gemeinwesen, das von gewählten tüchtigen Leuten geleitet wird, besser arbeitet als ein anderes, in dem eine bevorrechtigte Schicht von besoppten Würdenträgern das Regiment führt. Allerdings können bei der sozialen Auslese Fehler gemacht werden, denn sie ist eine menschliche Einrichtung, die wie jede andere menschliche Einrichtung ihre Mängel hat; aber es besteht ja die Möglichkeit, den Fehler dadurch wieder gutzumachen, daß man die Gewählten, in denen man sich getäuscht hat, zurückzieht und durch andere Personen ersetzt. Allerdings besteht in der modernen Demokratie die große Gefahr, daß sich die Wähler von gerissenen Drahtziehern einweisen lassen, wie wir es bei der letzten Reichstagswahl erlebt haben, aber dagegen kann eine gründliche Aufklärung und Schulung der Wählermassen helfen. Die Staaten mit einem demokratischen Wahlrecht zeigen uns mit erschreckender Deutlichkeit, was eine skrupellose Wahlbeeinflussung vermag, wenn sie es mit geistig und sittlich minderwertigen Menschen zu tun hat, die aus Dummheit und Selbstsucht ihre Stimme verkaufen; aber es wäre falsch, wollte man die Auswüchse des demokratischen Wahlrechts diesem selbst zur Last legen. Das System ist zweckmäßig, wenn auch nicht fehlerlos und wir kennen kein anderes, durch das es ersetzt werden könnte, darum soll man nicht das System bekämpfen, sondern seine Auswüchse beseitigen. Die Demokratie stellt eben größere Anforderungen an die Menschen als die Autokratie. Letztere schaltet die Massen aus und sucht sie in der Rückständigkeit zu erhalten, erstere ist auf die Mitwirkung der Massen angewiesen und deshalb gezwungen, sie zu bilden und zu schulen.

Die Notwendigkeit einer Erziehung zur Demokratie kann nicht laut genug betont werden, weil nur tüchtige Menschen imstande sind, jeden Versuch, sie als Stimmvieh zu mißbrauchen, tatkräftig zurückzuweisen. Glücklicherweise stecken in dem demokratischen System starke erzieherische Kräfte. Es ist erklärlich und verständlich, daß Menschen, die in Staat und Gemeinde nicht mitzuspitzen und mitzubestimmen haben, sich um staatliche und kommunale Dinge nicht kümmern, daß aber Menschen, die ein wirkliches Mitbestimmungsrecht besitzen, allmählich ein immer stärkeres Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten gewinnen. Die Interessiertheit der Massen an allen Dingen, die über das Persönliche hinausgehen, macht, wenn auch langsam, eine stärkeren Anteilnahme Platz. Diese überall hervortretende Erscheinung läßt uns hoffen, daß die heute noch vielfach vorhandene Scheindemokratie im Laufe der Zeit einer wirklichen Demokratie weichen wird.

Alles in allem genommen erscheint die soziale Auslese, deren Vorbedingung die gleiche soziale Gelegenheit für alle ist, als ein durchaus wirksames Mittel, alle tüchtigen Kräfte zur Mitarbeit an den schweren Aufgaben heranzuziehen, die unser Gemeinwesen in der Gegenwart und Zukunft zu erfüllen hat. Fast noch mehr ist im wirtschaftlichen Leben eine Mitarbeit der breiten Schichten dringend erforderlich, wenn die kapitalistische Wirtschaft abgelöst und durch

einen Wirtschaftsorganismus ersetzt werden soll, der auf den Grundlagen der sozialen Demokratie aufgebaut ist.

## Wirtschafts- und Gewerkschaftsbewegung.

Die Wirtschafts- und Gewerkschaftsbewegung, unter deren Druck Industrie und Handel in Deutschland stagnieren, will noch nicht weichen. Gewisse Anzeichen eines sich anbahnenden wirtschaftlichen Aufschwungs lassen sich zwar erkennen. Die Arbeitslosigkeit scheint ihren Höhepunkt erreicht zu haben, denn in den letzten Wochen ist eine weitere Zunahme nicht eingetreten. Dennoch ist die allgemeine Wirtschaftslage noch durchaus unbefriedigend. Wie die gesamte Wirtschaft, sind auch die Gewerkschaften von den Wirkungen der Krise nicht verschont geblieben. Auf den Aufschwung, den die Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren zu verzeichnen hatte, ist eine Reaktion erfolgt, die in einem nicht unerheblichen Rückgang der Mitgliederzahlen zum Ausdruck kommt. Für die Gewerkschaften und die von ihnen verfolgten Bestrebungen ist das von erheblichem Nachteil insofern, als sie noch stark unter den Nachwirkungen der Inflation leiden und der Rückgang des Mitgliederstandes nicht dazu beiträgt, ihre Kampffähigkeit zu stärken. Das ist im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse wie im Interesse der Arbeiterklasse zu bedauern. Gleichwohl erscheint es als verfehlt und übertrieben, wie es z. B. in Artikeln einzelner Gewerkschaftsorgane gesehen ist, im Hinblick auf diese Verhältnisse von einer Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung zu reden. Das muß den Eindruck hervorrufen, als ob man es in diesem Rückgang der Mitgliederzahlen mit einem abnormen, in Wesen und Taktik der Gewerkschaften begründeten Zustand zu tun hätte, der nur durch entsprechende organisatorische und tatsächliche Veränderungen zu beseitigen sei.

Das ist keineswegs der Fall. Den Beweis dafür dürfen wir allein schon darin erblicken, daß die Gewerkschaften trotz ihrer unläugbaren Schwächung durch Inflation, Wirtschafts- und Mitglieder-Rückgang bis jetzt in der Lage waren, die auf Verlängerung der Arbeitszeit, Lohnabbau sowie Verschlechterung der Arbeitsbedingungen gerichteten Vorstöße der Unternehmer im allgemeinen mit Erfolg abzuwehren. Die Kampffähigkeit der Gewerkschaften, die Solidarität der Arbeiter wurden durch die von den Unternehmern injizierten Aussperrungen sowie die von ihnen häufig provozierten Streiks auf eine harte Probe gestellt, die sie im großen und ganzen, zum Teil wider alles Erwarten, gut bestanden.

Die Klagen über Schwankungen der Mitgliederbewegung, über die Fluktuation der Mitglieder bei den Gewerkschaften sind so alt wie die Gewerkschaftsbewegung selbst. Zu allen Zeiten hat man sich mit ihr beschäftigt und Maßnahmen erzwungen, wie dieser bedauerlichen Erscheinung am besten beizukommen sei, wie man sie, wenn nicht völlig beseitigen, so doch auf ein Mindestmaß beschränken könne. Das Resultat dieser Erwägungen sind die Unterstützungseinrichtungen der Gewerkschaften, die Staffeln ihrer Leistungen nach Mitgliedsdauer usw. Es wurde damit eine Besserung erreicht; dennoch hat es an Rückschlägen nicht gefehlt. Hierzu braucht nur an die erhebliche Mitgliederabnahme in den letzten Kriegsjahren sowie der auf die Beendigung des Krieges zunächst folgenden Zeit erinnert zu werden. Dieser Rückgang schien unaufhaltbar, bis plötzlich mit Beginn des zu einer Scheinblüte erwachenden Wirtschaftslebens eine Wendung eintrat und die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften zu bis dahin nie erreichter Höhe anschwellen ließen.

Wenn nun wieder ein Rückschlag festzustellen ist, so darf das nicht entmutigen oder zu besonderen Befürchtungen Anlaß geben. Ebenjowenig aber dürfen sich die Gewerkschaften wie ihre Mitglieder mit der gegebenen Tatsache abfinden und glauben, daß es wieder anders werden muß. Jeder derartige Vorgang muß einer ernsthaften Untersuchung unterzogen werden, um die Mängel aufzufinden, die noch in dem Aufbau der Gewerkschaftsbewegung vorhanden sind und umfangreichere Mitgliederabwanderungen möglich machen. Die vorliegenden Verhältnisse zeigen, daß die bisherigen Bemühungen der Gewerkschaften zur Verbindung einer derartigen zeitweiligen Abplattung erheblicher Mitgliederzahlen noch nicht in dem Maße wirksam waren, wie es der Fall sein sollte. Als Ursache des jetzigen Mitglieder-Rückgangs sind im wesentlichen die gleichen Verhältnisse wie früher wirksam. Ihnen gesellen sich die kommunisistischen Zersplitterungsbestrebungen bei, die man aber nicht zu hoch einzuschätzen braucht. Allen von dort ausgehenden Bestrebungen entgegen hat sich die Gewerkschaftsbewegung stark genug erwiesen, um dadurch nicht ernstlich erschüttert zu werden. Die durch sie herbeigeführten Mitgliederverluste sind verhältnismäßig gering. In der Hauptsache sind es vielmehr wirtschaftliche Gründe, die den Mitglieder-Rückgang verschulden: Arbeitslosigkeit, Verringerung des Berufs, Verbitterung und Not, Enttäuschungen infolge mangelnder wirtschaftlicher Einsicht und nicht zuletzt Gleichgültigkeit.

Daß von den Wirkungen der Wirtschafts- und Arbeiterlosigkeit, Kurzarbeit, Lohnausfall die Lebensenergie der Arbeiters zermüdet, er in der Sorge um den notwendigen Lebensunterhalt für sich

und seine Familie mißgestimmt, zu Zweifeln an sich und anderen getrieben wird, ist nur begreiflich. Die Not bringt nur zu oft sonst ganz klare Köpfe in Verwirrung und verführt sie zu Handlungen, die sie unter anderen Umständen selbst verurteilen würden. Derartige Umstände erklären auch, warum in Zeiten des ökonomischen Niedergangs von wirtschaftlich naiver Phantastik oder gerissenen Demagogen hervorgerufene Bewegungen trotz der Unsinntigkeit der von ihnen als Heilsbootschaft verkündeten Lehren einen mehr oder minder starken Anhang gewinnen, der sich bei Wiederkehr besserer Verhältnisse schnell wieder verflüchtigt. Der Kommunismus ist mit einer dieser Erscheinungen, für deren Abwirtschaftung genau wie für den Antisemitismus, den Syndikalismus und sonstigen Ismen die Zeit kommen wird; sie werden bald lediglich eine Episode menschlicher Geistesverwirrungen innerhalb der Wirtschaftsgeschichte gewesen sein.

Die Gewerkschaften haben durch ihre organisatorischen Einrichtungen dafür Sorge getragen, daß Arbeitslosigkeit und Not kein Grund zu sein braucht, der Organisation den Rücken zu kehren, und der überzeugte Gewerkschafter, dem die Zugehörigkeit zu seinem Verband in Fleisch und Blut übergegangen, die Organisation zu einem Teil seines Lebensinhalts geworden ist, verläßt deshalb seine Fahne nicht. Aber wie viele haben wir noch, die diese Festigkeit nicht besitzen, die erst nach dem Kriege, einem augenblicklichen Impuls folgend, angezogen von den sich überfüllenden Lohnbewegungen der Inflationszeit oder gedrängt von ihren Kollegen in die Gewerkschaftsbewegung eingetreten sind, ohne dort festen Fuß gefaßt zu haben. Die kurze Zeit ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit genügt nicht, sie von der Notwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung für die Besserung der Lage der Arbeiter, wie einer fortschrittlichen Entwicklung der Wirtschaft zu überzeugen.

Schon seit langem war man sich in der Leitung der Gewerkschaften über die Unzulänglichkeit der gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit klar. Ihrer Erweiterung stellten sich aber unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen. In einer Zeit, wo jeder Tag neue Lohnbewegungen brachte, die finanzielle Lage der Gewerkschaften sich fortgesetzt verschlechterte, ihre Presse sowie organisatorisch und agitatorisch wertvolle Kräfte abgebaut werden mußten, die verfügbar bleibenden aber unter der Last der Tagesarbeit fast zusammenbrachen, blieb für die gewerkschaftliche Erziehung und Schulung der Mitglieder nichts übrig. Die hieraus entstandenen Folgen berechnen deshalb zu keinen Vorwürfen, zwingen aber dazu, aus ihnen die notwendigen Lehren zu ziehen. Der jetzt wieder vertretene Auffassung, daß der Rückgang der Mitgliederzahl eine Sonderung des Weizens von der Spreu gebracht habe, dürfen sich die Gewerkschaften nicht anschließen. Zur Durchführung der von ihr angestrebten Ziele braucht die Gewerkschafts- wie die politische Arbeiterbewegung, wenn nicht die Gesamtheit, so doch die überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft. Diese zu gewinnen und unlösbar mit ihr zu verbinden muß deshalb unausgesetztes Streben sein, das keine Enttäuschung vermindern darf. Das Mittel dazu ist die wirtschaftliche und politische Aufklärung, die Unterrichtung der Mitglieder über die unsere Wirtschaft wie die gesellschaftliche Entwicklung bewegenden Zusammenhänge, kurz: intensivierte gewerkschaftliche Erziehungsarbeit, der sich die Gewerkschaften mehr denn jeher widmen müssen.

## Nach sechzig Jahren.

Von R. Zwing-Ferna.

In diesem Monat, am 28. September, vollenden sich 60 Jahre seit der Gründung der ersten Internationalen, der „Internationalen Arbeiterassoziation“. Die Gründung wurde beschlossen in einer Versammlung, die am 28. September 1864 in St. Martins Hall in London stattfand. In dieser Versammlung wurde ein Komitee gewählt, das den Auftrag bekam, provisorische Statuten und eine Prinzipienklärung auszuarbeiten. Diesem Komitee gehörte neben Engländern, Franzosen, Italienern Karl Marx an. Verschiedene Entwürfe lagen diesem Komitee vor, darunter ein Entwurf des Italiäners Mazzini, der aus der Internationalen „eine Art Zentralregierung der europäischen Arbeiterklassen“ machen wollte. Nach Widerständen legte sich aber Marx schließlich vollständig durch und wurde mit der Abfassung der Prinzipienklärung und der Statuten beauftragt.

Die Prinzipienklärung (in der Literatur unter dem Titel „Inauguraladresse“ bekannt) war eine Art Rückblick auf die Schicksale der Arbeiterklasse seit 1845, eine Feststellung des damaligen Standes der sozialen Lage der arbeitenden Klassen mit Ausblicken, wie die soziale Lage des Proletariats zu seinen Umständen verändert werden konnte. In der Prinzipienklärung wie auch in den Statuten wurde der Arbeiterklasse zum erstenmal gesagt, welche große Bedeutung auch der Gewerkschaftsgedanke für die Befreiung der Arbeiterklasse hat, daß der ökonomische Befreiungskampf wichtiger ist denn der politische und daß dieser Kampf nicht lokal, nicht national, sondern international geführt werden muß. Aus diesem Gedankensystem heraus heißt es dann auch folgerichtig in der Einleitung zu den Allgemeinen Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation:

„An Erwägung, daß die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse daher der große Endzweck ist, den jede politische Bewegung, als Mittel, unterzuordnen ist.“

Es ist derselbe Geist, der dann zwei Jahre später auch den ersten Kongress der Internationalen in Genf (1866) beherrschte. Von den vier dort angenommenen, von Marx verfaßten Resolutionsen über die soziale Frage behandelt die

vierte die Gewerkschaftsfrage. Es heißt auch darin, daß die Gewerkschaften neben den Tageserfordernissen, die auf Fragen des Lohns und der Arbeitszeit gerichtet seien, demütigst die „Brennpunkte der Organisation der Arbeiterklasse“ werden müßten, um ihre vollständige Emanzipation herbeizuführen.

Mary betrachtete den wirtschaftlichen Kampf und die wirtschaftliche Befreiung als den springenden Punkt (den Brennpunkt) der Klassenbewegung des Proletariats. Daher ordnete er den politischen Kampf dem wirtschaftlichen unter. Die Wichtigkeit dieser These zeigt unsere heutige Zeit auf. Ist durch die Ermöglichung der freiesten politischen Demokratie das Arbeitsleben der Lohnarbeitenden Schichten irgendwie grundtätig verändert worden? Niemand wird dies behaupten wollen. Daher sehen heute auch immer mehr Lohnarbeitende Schichten ein, daß nur, wenn die politische Demokratie durch die Wirtschaftsdemokratie ergänzt bzw. unterbaut wird, eine wirkliche Veränderung des Arbeitslebens herbeigeführt werden kann. So hat jetzt in unserer Zeit der Kampfabchnitt erst begonnen, den Mary nach seinen Überlegungen über die Entwicklung der menschlichen Gesellschaft und der Bedeutung des Proletariats innerhalb der modernen Gesellschaft der Gewerkschaften vor 60 Jahren mit der Inauguraladresse und der Internationalen Arbeiterassoziation übertrug. Mary eilte damit seiner Zeit voraus. Das internationale Proletariat war in den schmerzlichen Jahren seiner Lage, noch seiner Bedeutung in der Wirtschaft bemußt. Am forschselbsten war noch das englische Arbeiterum. Aber auch die notwendige theoretische Schulung zu den in der Inauguraladresse und den Statuten der Internationale niedergelegten Erkenntnissen und die aus diesen zu folgenden Kampfmethoden fehlten auch hier. Die französischen Arbeiter steckten um diese Zeit in einer Vorkriegswelt fleißigerer Revolutionarität, und die deutschen Arbeiter waren nach der 48er Zeit folgenden Reaktionsperiode eben erst im Begriff, zu neuem politischen und organisatorischen Leben zu erwachen. „Das deutsche Proletariat war um diese Zeit in seinem inneren Wesen auch noch viel zu unentwickelt und fleisch unangewöhnt, als um die schwierige Problematik des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses zu überblicken und in der Veränderung dieser Wirtschaft seine wirkliche Emanzipation zu sehen. Ihm lag der politische Kampf um Gleichberechtigung viel näher, und der Klassenkampf nach dem freien allgemeinen Wahlrecht mußte daher ein viel größeres Echo in den Massen finden als der Ruf von Mary, daß wirkliche Befreiung nur von der wirtschaftlichen Seite zu erwarten und der große Endzweck die „ökonomische Emanzipation“ sei. Noch belastet von Handwerk und Kunst, glaube auch mancher Arbeiter mit dem Wahrspruch und politischen Reden an eine Rückkehr zu handwerklicher Selbstständigkeit. Das Bewußtsein der Klasse im allgemeinen und das Bewußtsein der historischen Mission der Arbeiterklasse in der gesellschaftlichen Entwicklung im besonderen war nur erst in einem kleinen Kreise intelligenter Persönlichkeiten vorhanden. Die wirtschaftlichen Probleme lagen für die damalige geistige Entwicklung der Arbeiterklasse viel zu kompliziert, daß sie von dieser in ihrer Mehrheit übersehen werden konnten, und das marxistische Gelehr, daß nur durch eine Veränderung des wirtschaftlichen Unterbaus jeder Gesellschaft auch der politische, kulturelle und ideologische Unterbau verändert werden kann und daß die Wirtschaft das Primat, während Politik, selbst der Staat, das sekundäre Element ist, dürfte im allgemeinen bei den Arbeitern noch unbekannt gewesen sein.

Aus diesem Milieu heraus ist es durchaus verständlich, daß die Arbeiter den viel einfacher gelagerten politischen Problemen ein größeres Interesse entgegenbrachten. War es nicht so einfach und einleuchtend, wenn Raskalle den Arbeitern sagte, daß wenn man den vorhandenen 70 bis 80 Prozent proletarischen Jeniten das allgemeine gleiche Wahlrecht verweigerte, diese dann mit dem Hebel des Stimmzettels und der Gesetzgebung soziale Fragen lösen könnten? Aber selbst auf dem viel einfacher gelagerten Gebiet der Politik waren die Arbeiter aller Länder zur Zeit der Internationalen Arbeiterassoziation noch sehr unselbstständig. In Frankreich konnte der Staatsstreifer Louis Napoleon zur Zeit, wo die Internationale Arbeiterassoziation die ökonomische Emanzipation forderte, trotz der revolutionären Traditionen der französischen Arbeiter ohne Sorgen leben; in England sangen sogar die Trades unions an, sich von den geistigen Ausstrahlungen der Chartistenbewegung abzulösen, um sich den Liberalen zu nähern. Eine Bewegung, die von den englischen Arbeitern bald nach 1870 vollendet wurde und sie politisch und wirtschaftlich auf mehr als ein Mundesalter aufs engste mit den Liberalen verknüpfte. In Deutschland stand es um diese Zeit mit der politischen Selbstständigkeit nicht anders. Die Arbeiterklasse war in sich selbst noch nicht ausgeklüht, hatte sich als Klasse noch nicht konstituiert und ließ sich nach ihrem politischen Erwachen in den 60er Jahren zunächst als ein abhängiger bürgerlicher Parteien gebrauchten. Klassische Stätten dieser politischen Unselbstständigkeit waren die Arbeiterbildungsvereine in den 60er Jahren. Langer Kämpfe bedurfte es, bis es August Bebel gelang, einer Teil dieser Arbeiterbildungsvereine für den Sozialismus zu gewinnen.

Doch wenn der Aufruf Mary durch die Internationale Arbeiterassoziation an die Arbeiterwelt keine nachfolgenden Folgen hatte, so waren es auch noch andere Ursachen als politische Unmündigkeit und wirtschaftlich-geistige Unreife. Gesellschaftliche Entwicklung erhält sich von der Wirtschaft, bald von der Politik her die Antriebe, wobei die Wirtschaft immer eine Weltere hinter der Politik folgt. Wirtschaftlich standen die letzten 60 Jahre im Zeichen weiteren Reichtums des kapitalistischen Systems, ohne an das letzte Stadium heranzukommen. In der Politik ging der Kampf dagegen nach mehrhundertjähriger Entwicklung um den Schicksal des demokratischen Systems. Bei allen Entwicklungen zeigen sich nach Weitzel in den Schlußakten die geringsten Widerstände. So war es auch bei dem System der politischen Demokratie. Und da auch in der Gesellschaftsentwicklung das physikalische Gesetz der Schwere zutrifft, d. h., daß die Entwicklung in der Richtung des geringsten Widerstandes verläuft, so dürfte es erklärlich sein, daß die aufstrebende Arbeiterklasse den Kampf dort aufnahm, wo in Anbetracht der Lage und des Standes der Entwicklung die größten Erfolge winkten. Das war auf dem Gebiete der Politik. So konnte die deutsche Arbeiterklasse auch in den letzten 60 Jahren, trotz mancher Rückschläge, Erfolg auf Erfolg buchen, um dann 1918/19 der

formalen politischen Demokratie den letzten Schlußstein zu legen.

Bei diesen erfolgreichen politischen Kämpfen wurde die Wichtigkeit der wirtschaftlichen Emanzipation im Sinne Mary immer mehr übersehen. Ja, es gab, beeinflusst durch große politische Stimmzettelerfolge, Zeiten, wo man die Gewerkschaften, die nach Mary die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse durchzuführen haben und daher als die Brennpunkte der Organisation der Arbeiterklasse anzusehen seien, keine Bedeutung beimaß, ja, sie als direkt überflüssig bezeichnete. Es sei nur an die Zeit nach dem großen Wahlerfolg der Sozialdemokratischen Partei 1890 erinnert und die Debatten auf den verschiednen der folgenden Parteitage. Selbst ein August Bebel ließ sich durch die Stimmzettelerfolge blenden, und auf dem Parteitag in Erfurt (1891) trat dies drastisch in Erscheinung, wo Bebel in einer Polemik gegen v. Vollmar ausführte:

„Die bürgerliche Gesellschaft arbeitet so kräftig auf ihren Untergang los, daß wir den Moment abzuwarten brauchen, in dem wir die ihren Händen entfallende Gewalt aufnehmen haben. Ja, ich bin überzeugt, die Bewältigung unserer letzten Ziele ist so nahe, daß wenige in dieser Sache sind, die diesen Tag nicht erleben werden.“

Wenn auch im Laufe der Jahre diese politische Illusionen verblaßten und die Arbeiter ihre wirtschaftlichen Vertretungen wieder mehr beachteten und förderten, so waren die Gewerkschaften aber noch längere Zeit, von wenigen Ausnahmen abgesehen, geistig und in praxi der Zeitverhältnisse entsprechend ganz den Ideologien der politischen Aufklärung der Arbeiterklasse unterworfen. Auch die seit der Jahrhundertwende einschende Vereinfachung der Gewerkschaften änderte an der geistigen Gesamtaufklärung über die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse sehr wenig. Man glaubte mehr oder weniger mit der politischen Stimmzetteldemokratie die gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse verändern zu können. Dabei auch die gewaltige Enttäuschung und Bewirrung in der Arbeiterklasse, als man ein sah, daß mit der politischen Formaldemokratie die allgemeinen gesellschaftlichen Verhältnisse nicht wesentlich verändert waren. Was dann weiter geschah, waren Verzweigungsakte einer riesig enttäuschten Masse. Man wollte mit Gewalt erzwingen, was die organische Entwicklung noch verweigert hatte.

Nach Jahren weiterer Gärung dürften wir uns heute in dem Stadium befinden, daß immer weitere Kreise der Arbeiter, aber auch anderer Lohn- und Gehaltsempfänger mehr und mehr begreifen, daß nur eine grundsätzliche Veränderung des Arbeitslebens herbeigeführt werden kann, wenn zu der politischen Formaldemokratie die wirtschaftliche Demokratie hinzutritt. In den Zeitschnitt, mit seinen geistigen und technischen Zwischenwelten, in dem die Gleichberechtigung auch in der Gesamtwirtschaft herbeigeführt werden soll, dürften wir eingetreten sein. Die politische Entwicklung ist mit der formalen Demokratie zurück zu einem gewissen Abschluß gekommen, der viel schwierigere und kompliziertere Kampf um die Wirtschaft beginnt. Wie dieser verläuft und in welchem Tempo, dürfte davon abhängen, welche wirtschaftlichen und geistigen Qualitäten die Arbeiter zu entwickeln vermögen. Das Tempo der Entwicklung wird zur Qualitätsfrage werden, denn das Majoritätsprinzip, das Gesetz der rohen Kraft und der großen Zahl, wird in der feineren komplizierten Wirtschaft verfallen.

Was Mary vor 60 Jahren in der Inauguraladresse, den Allgemeinen Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation und den Resolutionen des Genfer Kongresses der Arbeiterklasse zumute, ist im Gesichtsvorlauf durch eine politische Zwischenwelt unterbrochen worden, aber unumstößliche Wahrheit ist geblieben, daß die ökonomische Emanzipation der große Endzweck der Kämpfe der Arbeiterklasse bilden muß. Die Gewerkschaften, so sagte Mary vor 60 Jahren, sind die „Brennpunkte der Organisation der Arbeiterklasse“, und sie werden, nach Mary, diese Endkämpfe führen müssen.

## Rundschau.

**Wohin gehört der kaufmännische Angestellte?** Fragt eure Söhne und Töchter, die den kaufmännischen Beruf erwählt haben, wo sie organisiert sind! Sagt ihnen, daß für sie nur einzig und allein die freigewerkschaftliche Organisation, der Zentralverband der Angestellten in Betracht kommt! Eure Söhne dürfen niemals in Deutschland nationalen Handlungsgesellschaften beitreten, die die Jugend, statt über die Aufgaben der Gewerkschaften aufzuklären, im Revandgedanken anleitet, auch nicht in die Gewerkschaftsverbände der Angestellten organisiert sein. Eure Töchter dürfen nicht im Verband der weiblichen Handels- und Bureauangestellten und anderen reaktionären Verbänden organisiert sein. Alle diese Verbände sind Anhänger der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Wer freigewerkschaftlich organisiert ist, Sorge dafür, daß seine Kinder sich ebenfalls freigewerkschaftlich organisieren.

Wer diese Worte nicht beherzigt, stürzt die gelben, monarchistischen Verbände. Die kaufmännischen Beiräte gehören in die Jugendabteilungen des Zentralverbandes der Angestellten, der einzigen freigewerkschaftlichen Organisation der kaufmännischen und Bureauangestellten.

**Alter und Jugend des Proletariats nach dem Krieg.** Wie die Kriegsverluste eine Verschiebung in der Altersbesetzung der Gesamtbevölkerung gebracht haben, so hat sich die Verschiebung der Altersbesetzung auch in den einzelnen Berufsgruppen geltend gemacht. Hierüber berichtet eine statistische Arbeit des Landesgewerbebüros Dr. Teletzky im „Reichsarbeitsblatt“. Wenn diese Arbeit auch die rheinische Industrie im besonderen behandelt, so ist das Verhältnis, das sie feststellt, doch das gleiche wie im übrigen Deutschland. Nach der Volkszählung von 1907 gehörten zu den beiden Altersgruppen zwischen 20—59 Jahren 45,9 Proz., zu den Statistiken von 1910 aber nur noch 40,4 Proz., zu den 20—29jährigen 25,2 Proz., bzw. 21,4 Proz. In einzelnen Industrien ist der Verlust an jüngeren Arbeitern besonders groß, nämlich in den Industrien, die kräftige Menschen verlangen. Diese Industrien stellen besonders viele kriegsverwendungsfähige Soldaten. So ist die Herabminderung der jüngeren Altersgruppen besonders groß im Berg-

bau und Hüttenwesen wie in der Großtextilindustrie, dagegen gering z. B. im Bekleidungs- und Holzgewerbe. Der Krieg raubte damit die gesundheitslich beste Kraft des Volkes, und doch schreien gewissenlos Jünger immer wieder nach Krieg. Das Proletariat aber wird gemäß der Richtlinien des letzten Gewerkschaftskongresses in Wien in Zukunft jedweden Krieg zu vermeiden wissen.

## Frühherbst.

Ein erstes, leichtes Gölben kam

falt über Nacht, in Dunst getaucht.

Mir ist's, als ob ich Abschied nahm

von einem Traum, der wunderbar

in stilles Glück mich tief getaucht ...

Mir ist's, als ob die Welt versinkt

nun allgemach in Herbst und Harm ...

und hat doch goldig mit geblickt

und mir getaucht und mir gewinkt

gar sommerhell und sonnenwarm!

Mir ist's, als soll's ein Abschied sein ...

Ich schau zurück in Lenz und Traum:

Die Vögel werden stumm im Hain —

mein Haar ward grau, ich bin allein ...

Und Wellen gleiten still vom Baum ...

Ludwig Bellen.

## Abrechnungen.

In der Woche vom 15. bis 20. September gingen folgende Zahlungen bei der Hauptkasse ein:

Gau 1: Bielefeld 350 Mt.

Gau 2: Frankfurt 500 Mt.

Gau 7: Seltin 300 Mt.

Gau Leipzig: 2900 Mt.

Berlin, den 20. September 1924

Heinrich Bodahl.

## Literatur.

**„Vollstetigkeit.“** Das neue Heft dieser Zeitschrift enthält neben allgemeinen Beiträgen, die Vertreibungen des Volkseigenen, die Vertreibungen „Über das Reisen“, „Am Wetterstein“, „Aus Südbahns Reise“, „Wohin sollen wir ziehen?“, schillernde Reisepläne und Angaben, die dem Reisenden und Erholungsreisenden von Nutzen sind. Die einzelnen Beiträge sind durch eine Reihe von Abbildungen belebt. Der Volkseigene, der schon in mehr als 60 Ausgaben eine Vertreibung hat, strebt danach, durch Vertreibung über zweckmäßige Reisen, durch Aufklärung von Reiseplänen, durch Vertreibung von Geld, Unterhaltung und Erholungsangelegenheiten unermüdeten Lesern (Angehörigen, Arbeitern, Beamten) Angehörigen der freien Presse, des Handwerkes, des Mittelstandes) das Reisen in Deutschland und im Ausland zum Zwecke der Erholung, der Vertreibung und des persönlichen Annehmlichens von Land und Leuten zu ermöglichen und zu erleichtern. Somit alle Einflüsse zu sein, die auf den Reisenden und Erholungsreisenden dieses Landes beruhen. Er pflegt insbesondere Urlaubsreisen, Wandreisen, Jugendreisen, Vereinsreisen, wie auch Einzelreisen über Mt. Unterungung in verschiedenen Ost- und Westländern und Reisen, die Erholung aller Berufsangehörigen und Ausländer in allen Reise- und Fremdenverkehrsstellen. Seine Druckarbeiten werden von der Hauptverwaltung, Berlin SW. 35, Reichenbergstr. 4, auf Wunsch kostenfrei versandt.

**Gewerkschaftsrecht.** Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Heft 5. Preis des Heftes 1.20 Mt. Verlag: Gewerkschaftsrecht, Jena, Gumboldtstr. 10. Das heftigste Heft ist zum Teil einem besonderen Problem und zwar der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit gewidmet. Richard Seibel, Otto Jenßen, der Leiter der Berliner Gewerkschaftsschule, Fritz Friede, senior Angestellter, Graf, Richard Wolff und der Herausgeber, August Lind, mit Vorworten über dieses wichtige gewerkschaftliche Problem. „Gewerkschaftsrecht“ enthält auch die Abrechnungen der gewerkschaftlichen Bildungsabteilungen. Seine Abonnenten, die sich dem Herausgeber, nach 60 Jahren, ist zugleich ein geschätzter Werbeposten für die Gründung der ersten Internationale (28. September 1864 in London). Weiter gibt Robert Fette in dem Heft einen interessanten Rück- und Ausblick über die deutsche Sozialbewegung. Dann folgt wieder ein reichhaltiger Literaturteil, der ebenfalls noch eine Reihe selbständiger Artikel bringt. Unter Vertreibungswesen gibt Robert einen Überblick über die neueste Vertreibungsliteratur und über wichtige Einflüsse in der Vertreibungswesen. Vertreibungen nehmen alle Buchbindungen und Postanstalten sowie der Berlin Gewerkschaftsrecht in Jena entgegen.

Wie aus dem Heft weiter bekannt wird, ist dem Gewerkschaftsrecht jetzt eine G. M. Schillerer angegliedert. Die bisherige Gewerkschaftsrecht enthält die Bücher dieser Schriftreihe zum besten. Gewerkschaftsrecht enthält ein reichhaltiges Literaturteil, der ebenfalls noch eine Reihe selbständiger Artikel bringt. Unter Vertreibungswesen gibt Robert einen Überblick über die neueste Vertreibungsliteratur und über wichtige Einflüsse in der Vertreibungswesen. Vertreibungen nehmen alle Buchbindungen und Postanstalten sowie der Berlin Gewerkschaftsrecht in Jena entgegen.

Die beiden erschienenen September-Nummern des „Kulturworts“, der Monatshefte des Leipziger Arbeiterbildungsvereins für Kultur, Politik und Literatur, der die Öffentlichkeit enthält im ersten Heft eine Reihe kritische Rezensionen und schätzbarer Artikel, die die Stellung der Arbeiterklasse zum Sozialismus von der kulturellen Seite aus beleuchten. Im zweiten Teil ist über den Verlauf der Kulturwoche berichtet. Die Kulturwoche der Kulturkonferenz ist ausführlich beleuchtet. Ein weiterer Teil ist die künftige Stellung der Arbeiterklasse zum Sozialismus und die internationale Bildungsabteilung. Die 20 Seiten starke Nummer ist für 16 Pf. durch jede Vertreibungsbücherei oder direkt vom V. V. J., Leipzig, Hauptstr. 17 (Kreuzband 10 Nummern im Jahr 150 Mt.) zu beziehen.

Rail Korn: Die Arbeiterbewegung, Einführung in ihre Geschichte, III. Teil, 135 S. Preis 0.75 Mt. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. 1924.

Der neueste und letzte Band der Geschichte der Jugendbewegung führt und mitten hinein in die Kämpfe der Gegenwart. Geschichte der jüngsten Jugendbewegung und der Gegenwart zu schreiben, ist immer ein Wagnis. Es geht bei einem solchen Vorhaben, ein Forscher und Geschichtler, der die Öffentlichkeit mit dem Werk, das er veröffentlicht, eigenen Urteilen zu veröffentlichen beabsichtigt. Hier ist jedes in einer ganz einzigartigen Weise vorhanden. Lesenden werden, Probleme sollen sich auf — mit innerer Notwendigkeit erwacht das Wissen der Jugendbewegung aus der Zeit heraus, und doch nicht nur auf die Zeit, sondern auch auf die Gegenwart, mit der sie verknüpft, das die Einflüsse der Vergangenheit und der Zukunft und die Zukunftswelt, die sie in der Gegenwart im Blicken ihrer Jugend — hier ist, für die Zeit, der diese Vergangenheit zu verstehen, als sollten sich, kann daran vorübergehen.

Wenn die Erde nichts sagt, dem sagen auch Rhein, Donau, Ganges und Mississippi nichts.

Du kannst dein Leben nicht verlängern noch ver-  
kürzen: nur verlieren. Freund. Goraß Hod.

Verantwortlich für Redaktion: R. Sch. u. L. S. Charlottenburg, West-  
endstr. 16. Fernruf: Amt 1228. — Verlag: A. Bodahl,  
Charlottenburg. — Druck: Bornkamm-Verlag und Verlagsanstalt  
Voul Singer u. Co., Berlin SW. 68.